

Flüchtlinge müssen weiter hoffen und bangen

Regelung von 2007 hat wenig bewirkt: Nur 133 von 954 Flüchtlingen erfüllen Voraussetzungen für ein dauerhaftes Bleiberecht

Auf ein dauerhaftes Bleiberecht durften mehr als 1000 seit sechs Jahren und länger in Gelsenkirchen lebende Flüchtlinge hoffen, als 2007 auf Bundes- und Landesebene ein neues Verfahren beschlossen worden ist. Heute, vier Monate vor dem Ablauf dieser befristeten bzw. auf Probe eingeführten Regelung, hängt noch immer das Damoklesschwert der Abschiebung über den meisten Flüchtlingen.

Insgesamt 1321 Anträge auf Arbeitsaufnahme haben Flüchtlinge bis zum 30. Juli 2009 bei der Gelsenkirchener Ausländerbehörde gestellt. In

954 Fällen, sprich: 954 Menschen erteilte die Stadt zunächst eine befristete Aufenthaltserlaubnis, weil die Antragsteller die vorgegebenen Bedingungen erfüllten. Aber: Nur 133 dieser Flüchtlinge gelang bis heute der Nachweis, dass sie ihren Lebensunterhalt durch Arbeit komplett selbst bestreiten können.

Die missliche Situation hat die Grünen alarmiert: Sie legen für die Ratssitzung am 8. Oktober eine „Resolution zur Verlängerung der Bleiberechtsregelung“ vor. Gerichtet ist dieser Appell an Landes- und Bundesregierung.

KOMMENTAR

Nachbessern

Was Experten 2007 befürchtet hatten, ist eingetreten - auch in Gelsenkirchen: Die neue Regelung ist kein Durchbruch für die große Mehrzahl der seit Jahren hier lebenden und häufig gesellschaftlich gut integrierten Flüchtlinge. Bleibt zu hoffen, dass Bund und Land dies auch so sehen und eine liberale Lösung finden, die den Menschen und dem Gebot der Humanität gerecht werden. **loc**

„Durch die Finanz- und Wirtschaftskrise ist es nun für viele Flüchtlinge noch schwerer, die Bedingungen zu erfüllen“, erklärt Karl Henke, der als Grünen-Vertreter im Beirat für Flüchtlinge sitzt. Für die Grünen sei auch entscheidend, so Ratsfraktions-Chef Peter Tertocha, dass für ältere, kranke und erwerbsunfähige Personen eine humanitäre Lösung gefunden werde. „Wir wollen, dass den geduldeten, seit langem hier lebenden und integrierten Flüchtlingen eine sichere Aufenthaltsperspektive in Deutschland gegeben wird“, so Tertocha.

Das wünscht sich auch die Stadt. „Hier muss ein neuer Beschluss her. Die alte Regelung muss korrigiert werden“, sagt Norbert Schlegel, Abteilungsleiter in der Ausländerabteilung. Zwar drohe zum 1. Januar 2010 - u.a. wegen zahlreicher Ausnahmestimmungen - keine Massenabschiebung. Aber: Es stehe für ihn außer Frage, so Schlegel, dass der Beschluss von 2007 nachgebessert werden müsse.

Er hoffe, dass die Politik nach der Bundestagswahl einen neuen Anlauf für eine „verlässliche und dauerhafte Regelung“ nimmt. **loc**